

Gemeinderat - Ö - vom 26.10.2010
1) TOP Bürger fragen

Keine.

2) TOP 10-047/10 Hauptamt - Besetzung Stelle Amtsleitung

Oberbürgermeister Frei: Der derzeitige Leiter des Hauptamtes werde im Juni 2011 in den Ruhestand treten. Im Zusammenhang mit der dadurch notwendig werdenden Neubesetzung der Stelle der Amtsleitung beabsichtige er, gewisse Zuständigkeiten im Rathaus neu zu ordnen. Dabei werde aber die derzeitige Ämterstruktur mit acht Ämtern beibehalten. Die im Stellenplan für die Stelle der Amtsleitung des Hauptamtes ausgewiesene Besoldungsgruppe A 14 biete die Möglichkeit, die Stelle künftig mit einem Juristen zu besetzen. Aufgrund der Struktur des städtischen Aufgabenbereichs und der von der Stadt als Große Kreisstadt in sehr unterschiedlichen Bereichen wahrzunehmenden Aufgaben der Unteren Verwaltungsbehörde seien regelmäßig Aufgaben zu erledigen, die juristischen Sachverstand erfordern. Es empfehle sich deshalb, die Erledigung derartiger Aufgaben künftig im Hauptamt zu bündeln und das Ausscheiden der derzeitigen Amtsleitung dazu zu nutzen, die dafür notwendigen personellen Voraussetzungen zu schaffen. Es sei deshalb vorgesehen, das bisherige Hauptamt in der Verwaltungsorganisation künftig als Haupt- und Rechtsamt zu führen. Mit einer Lösung in dieser Form könnten Rechtsangelegenheiten, zu deren Klärung bisher die Unterstützung von Anwaltskanzleien in Anspruch genommen wurde, künftig zu einem großen Teil verwaltungsintern erledigt werden. Um für die neue Amtsleitung den für die Wahrnehmung der Aufgaben eines Rechtsamtes notwendigen zeitlichen Freiraum zu schaffen, sei die Umverteilung bestimmter Aufgaben vorgesehen. So sei beabsichtigt, den Aufgabenbereich EDV organisatorisch der Stadtkämmerei zuzuordnen und den Bereich Schulen und ÖPNV dem Sozialamt zu unterstellen. In diesem Zusammenhang würden in der Stadtkämmerei die Bereiche Finanzen, Steuern und Beteiligungen zum Sachgebiet 20.1 zusammengefasst und der Bereich EDV dort als neues Sachgebiet gebildet. Aufgrund der Zuordnung des Schulbereichs zum Sozialamt werde dieses Amt künftig als Amt für Bildung und Soziales bezeichnet. Hinsichtlich der genannten Änderungen verweise er auf das allen Mitgliedern des Gemeinderates als Tischvorlage überlassene neue Organigramm der Stadtverwaltung.

Mit der genannten Organisationsänderung gebe es künftig hinsichtlich der nach innen und nach außen wirkenden Aufgabenbereiche der einzelnen Ämter klare Strukturen. Damit sei auch die Möglichkeit geschaffen, zu einem späteren Zeitpunkt weitere Organisationsänderungen wie zum Beispiel die Bildung von Fachbereichen vorzunehmen, wenn dafür Notwendigkeiten zu sehen seien.

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion halte den Verwaltungsvorschlag für sehr gut und werde diesem auch zustimmen.

Stadtrat Karrer: (Auf Anmerkung von Stadtrat Roland Erndle) Die Stellenausschreibung, wie diese im Entwurf den Fraktionssprechern überlassen worden sei, lasse auch die Bewerbung von Verwaltungswissenschaftlern zu. Er halte es aber für vernünftig, die Stelle mit einem Juristen zu besetzen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Auch die GUB-Fraktion sei von der vorgesehenen neuen Organisationsstruktur der Stadtverwaltung überzeugt. Sie werde deshalb den vorgesehenen strukturellen Änderungen und der Wiederbesetzung der Stelle mit einem Juristen zustimmen.

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion werde der Wiederbesetzung der Stelle ebenfalls zustimmen. Sie sei aber noch nicht so ganz davon überzeugt, dass die Besetzung mit einem Juristen notwendig sei.

Beschluss: Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 und Nr. 2 der Verwaltung wird

zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 10-046/10 Realschule - Ganztagschule

Hauptamtsleiter Ernst Zimmermann führt ergänzend zur Sitzungsvorlage in den Tagesordnungspunkt ein.

Stadtrat Karrer: Er begrüße die Einführung eines Ganztagsangebots an der Realschule; ebenso die vorgesehene Profilierung durch die Konzentration der Angebote im musischen und sprachlichen Bereich. Für ihn stelle sich aber die Frage, in welcher Form – offener, teilgebundener oder gebundener Form – die Ganztagschule an der Realschule geführt werden soll.

Oberbürgermeister Thorsten Frei: Bei den bereits bestehenden Ganztagsangeboten habe sich der Gemeinderat im Sinne der Entscheidungsfreiheit der Eltern immer für die offene Form ausgesprochen. In der Erich Kästner-Schule sei die teilgebundene Form deshalb gewählt worden, weil diese Schule als so genannte Brennpunkt-Schule gelte und in solchen Schulen Ganztagsangebote nur in der teilgebundenen Form gemacht werden können.

Stadtrat Rolle: Die FDP/FW-Fraktion sehe die vorgesehene Einrichtung der Ganztagschule an der Realschule positiv.

Stadtrat Hall: Auch Die CDU-Fraktion freue sich über die Einführung der Ganztagschule. Diese könne seiner Ansicht nach nur in offener Form angeboten werden. Die Eltern müssten selbst entscheiden können, ob sie für ihre Kinder das Ganztagsangebot nutzen wollen oder nicht.

Stadtrat Karrer: Für die Verlässlichkeit und die Planung der Angebote sei die teilgebundene Form vorteilhafter.

Stadtrat Blaurock: Im Hinblick auf die sportliche Ausrichtung der AG-Angebote vermisse er im pädagogischen Konzept ein Sportangebot.

Herr Konrektor Lauffer / Realschule: Ganztagschulen könnten an den Realschulen in Baden-Württemberg nur in der offenen Angebotsform angeboten werden. Deshalb sei es nicht notwendig, dass sich die Schule und die Stadt als Schulträgerin Gedanken über eine mögliche andere Angebotsform machen. Die Schule gehe derzeit davon aus, dass nach der Einführung der Ganztagschule etwa 20 % der Schülerinnen und Schüler ein solches Angebot nutzen werden. Im Konzept für die Ganztagschule liege der Schwerpunkt deshalb im musischen und sprachlichen Bereich, weil diese Bereiche mit Arbeitsgemeinschaften usw. schon jetzt sehr stark ausgeprägt seien. Bei der Profilierung müsse sich die Schule auf zwei Bereiche beschränken. Sportangebote werde es aber trotzdem geben.

Beschluss:

1. Die Information über den Sachstand zur Einrichtung einer Ganztagschule an der Realschule Donaueschingen wird zur Kenntnis genommen.
2. Er wird zugestimmt, dass die Stadt bei Genehmigung des beim Land eingereichten Antrages in der Realschule ein Ganztagsangebot einrichtet und dieses in den kommenden Jahren weiterentwickelt.
3. Es wird die Absicht bekundet, im Rahmen der

Haushaltsplanberatungen die von der Verwaltung für die Einrichtung eines Ganztagsangebots in der Realschule angemeldeten Haushaltsmittel bereitzustellen.

(einstimmig)

4) TOP 20-035/10 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

5) TOP 63-007/10 Strombezug 2012 bis 2013 - Europaweite Ausschreibung

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion beantrage, dass die Stadt, mit Ausnahme für die Straßenbeleuchtung, künftig nur Ökostrom mit Neuanlagenquote für alle Abnahmestellen beziehe.

Beschluss:

1. Dem Antrag der Grünen-Fraktion, künftig für alle Abnahmestellen, mit Ausnahme der Straßenbeleuchtung, nur Ökostrom mit Neuanlagenquote zu beziehen, wird nicht zugestimmt.

(19 Nein, 8 Ja, 3 Enthaltungen)

2. Den Beschlussvorschlägen Nr. 1 bis Nr. 3 der Verwaltung wird zugestimmt.

(26 Ja, 4 Enthaltungen)

6) TOP 20-037/10 Haushalt 2010 - Budgetberichtsbesen für den Gemeinderat

Oberbürgermeister Frei: Bei den Steuerungs- und Servicebudgets sei die bei Position 0300 Finanzen in der Sitzungsvorlage ausgewiesene Verschlechterung von 5.000 € in eine Verbesserung von 21.500 € zu ändern. Somit ergebe sich eine Gesamtverbesserung des Verwaltungshaushaltes innerhalb der Budgets von 476.700 €.

Herr Riedmann: (Auf Frage von Stadtrat Rolle) Die Mehreinnahmen beim Hauptbudget Amt 80 - Kultur, Tourismus und Marketing würden sich aus dem Verkauf von Stadtführungen, Pauschalreisen und Merchandising-Artikeln ergeben. Die Kalkulation der Einnahmen in diesem Bereich erfolge eher vorsichtig, weil nicht abgeschätzt werden könne, wie die Nachfrage tatsächlich sei.

Oberbürgermeister Frei: (Auf Frage von Stadtrat Blaurock) Die Gewinnanteile der Gasfernversorgung Baar im Hauptbudget Amt 20, Stadtkämmerei beliefen sich auf 31.000 €. Der restliche Betrag in Höhe von 83.000 € entfalle auf die Konzessionsabgabe.

Beschluss: Der Bericht 2010 über die Budgets mit Stand 30.09.2010 wird zur Kenntnis genommen.

7) TOP 20-036/10 Haushalt 2011 - Beratung des Entwurfs

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion wolle auch künftig eine Darlehensaufnahme im Kernhaushalt vermeiden. Dieses Ziel werde auch langfristig verfolgt. Einen Schwerpunkt in der mittelfristigen Planung sehe die CDU-Fraktion in der geplanten Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums. Dafür seien im Haushaltsjahr 2011 die Weichen zu stellen. Ebenfalls werde sich die Fraktion für den Bildungs- und Betreuungsbereich einsetzen. Es sei wichtig, die Lebensqualität in der Kernstadt und in den Stadtteilen zu erhalten und möglichst noch zu steigern. Deshalb gelte es, insbesondere solche Investitionen zu tätigen, von denen möglichst viele Bürger einen Nutzen haben. Auch weiterhin müsse dem Vorhalten einer guten Infrastruktur ein besonderes Augenmerk gelten.

In den Haushaltsjahren 2011 bis 2013 müsse versucht werden, die Sonderprojekte Bewegungshalle in einer bereits bestehenden Halle, die kinder- und jugendfreundliche Gestaltung der städtischen Schulen, sowie die Neugestaltung des Bereichs bei der Stadtkirche und die Sanierung der Donauquelle zu realisieren.

Die CDU-Fraktion werde im Rahmen der Beratungen zum Verwaltungshaushalt 2011 beantragen, im Verwaltungshaushalt die Ansätze für den sächlichen Betriebsaufwand sowie für die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude jeweils pauschal um 3 % zu kürzen.

Stadtrat Rolle: Mit den bereits im Frühjahr 2010 getroffenen Entscheidungen zur Haushaltskonsolidierung, insbesondere zu den Hebesätzen bei der Grund- und Gewerbesteuer, sei nach Meinung der FDP/FW-Fraktion das Machbare erreicht. Bei den Beratungen zum Haushalt 2011 sei zu berücksichtigen, dass auch Bürger und Gewerbetreibende unter der Finanzkrise leiden und diesen deshalb keine höheren Belastungen mehr zugemutet werden können. Aus diesem Grund müsse die notwendige Verbesserung des Haushalts auf der Ausgabenseite gesucht werden. Aufgefallen seien ihm die steigenden Kosten für die Unterhaltung der Feuerwehren. Es empfehle sich deshalb, das Feuerwehrkonzept zu überdenken. Auch die Struktur und der Leistungsumfang der Technischen Dienste sollte auf den Prüfstand gestellt werden. Die Haushaltsansätze in den Bereichen Bildung allgemein, Schulen und Kindergärten seien aus Sicht der FDP/FW-Fraktion notwendig und deshalb auch akzeptabel. Kürzungen sollten aus diesem Grund hier nicht vorgenommen werden. Für die Bereiche Kleinkindbetreuung und Ganztagesesschule gebe es in der Fraktion unterschiedliche Meinungen. So werde die Ansicht vertreten, dass Erziehung und Betreuung im Wesentlichen Aufgabe der Eltern sei. Die Entwicklung in diesen Bereichen solle deshalb mit Augenmaß betrieben werden. Für die Förderung der Vereine werde sich die FDP/FW-Fraktion auch weiterhin einsetzen. Im Hinblick auf die hohen Unterhaltungskosten für Sport-, und Mehrzweckhallen sowie die Donauhallen, solle eine mögliche Erhöhung der Mietpreise geprüft werden. Den Haushaltsansatz von 125.000 € für die Mieteinnahmen bei den Donauhallen halte er für zu niedrig. Dieser solle auf 175.000 € erhöht werden. Die Ansätze bei den Umlagen und bei den Steuereinnahmen sollten ebenfalls noch etwas positiver gestaltet werden.

Eine gute und intakte Infrastruktur der Ortsteile sei genauso wichtig, wie in der Kernstadt. Mittelfristig sollte auch die Umgestaltung des Bereichs bei der Stadtkirche angegangen werden. Für die FDP/FW-Fraktion sei ein innerstädtisches Verkehrskonzept mit der Zielsetzung, die Karlstraße zu entlasten, vorrangig. Damit sei aber nicht die Schaffung einer verkehrsfreien Fußgängerzone gemeint. Die jetzige Parkplatzsituation in der Stadt sei noch nicht zufrieden stellend. Im Sinne einer kurzfristigen Verbesserung, vor allem bei Veranstaltungen in den Donauhallen, sei es erforderlich, Parkplatzsuchende zu vorhandenen freien Parkplätzen zu leiten. Für diesen Zweck sollten Finanzmittel in den Haushalt 2011 eingestellt werden.

Die FDP/FW-Fraktion stehe zu den dringend notwendigen energetischen Sanierungen, ebenso zu den Maßnahmen, die durch Zuschüsse des Landes oder Bundes gefördert werden.

Als fragliche Investition werde der Zuschuss für den Kunstrasenplatz der DJK angesehen. Dies hinsichtlich der hohen Kosten und der notwendigen Gleichbehandlung der Vereine.

Stadtrat Karrer: Im Hinblick auf die bereits im Frühjahr im Rahmen der Haushaltskonsolidierung zum Verwaltungshaushalt gefassten Beschlüsse sehe die SPD-Fraktion für weitere Kürzungen so gut wie keinen Spielraum mehr. Der Gemeinderat werde sich deshalb bei den notwendigen Einsparungen vor allem auf den Vermögenshaushalt konzentrieren müssen. Dort dürften aber keine Kürzungen bei den Sanierungen der Schulgebäude, den Baumaßnahmen in Kindergärten und bei Dorferneuerungsmaßnahmen in Aasen, Grüningen und Pfohren vorgenommen werden, ebenso nicht bei den Maßnahmen zur Erschließung weiterer Flächen im Gewerbegebiet. Alle anderen Positionen seien auf den Prüfstand zu stellen. Zu hinterfragen sei, ob im kommenden Jahr zwei neue Autos – das Löschgruppenfahrzeug für Wolterdingen und ein Unimog für die Technischen Dienste – angeschafft werden müssen. Zur Diskussion zu stellen seien auch die Planungskosten für die Umgestaltung des Bereichs bei der Stadtkirche im Haushaltsplan 2011 sowie die nachfolgenden Investitionskosten in den Jahren 2012 und 2013. Der zweite Bauabschnitt der Moltkestraße könne eventuell noch einmal um ein Jahr geschoben werden. Auch sei es denkbar, die Investitionssumme für die Modernisierung der Straßenbeleuchtung auf drei Jahre aufzuteilen. Im Vermögenshaushalt 2011 sollte dafür eine erste Rate von 400.000 € eingestellt werden. Hinsichtlich eines großen Investitionszuschusses für den von der DJK geplanten Kunstrasenplatz werde es ebenfalls Diskussionen geben.

Die SPD-Fraktion wünsche sich, dass der vor Jahren auf 8.000 € gekürzte Zuschuss für das Jugendförderungswerk wieder auf 12.000 € erhöht werde. Außerdem sollten 15.000 € für ein Buswartehäuschen für die Bushaltestelle Krankenhaus (Fahrtrichtung Wolterdingen) in den Haushalt 2011 eingestellt werden.

Die SPD-Fraktion werde des Weiteren vorschlagen, in die mittelfristige Finanzplanung für 2014 das Projekt „Einrichtung eines städtischen Museums“ aufzunehmen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Trotz der im Frühjahr bereits beschlossenen Kürzungen im Verwaltungshaushalt seien einige Ansätze für das kommende Haushaltjahr zu hinterfragen. Im Vermögenshaushalt sollten die Investitionen getätigt werden, die zur Ergänzung der Infrastruktur notwendig seien. Wichtig für die GUB-Fraktion seien die Umgestaltung des Bereichs an der Stadtkirche, die Sanierung des Fürstenberg-Gymnasiums, die Erweiterung des Gewerbegebietes Breiten-Strangen und die Vereinszuschüsse. Für die folgenden Jahre müsse alles versucht werden, ohne Kreditaufnahmen zurechtzukommen.

Stadtrat Blaurock: Die Grünen-Fraktion sehe im Verwaltungshaushalt nicht die Möglichkeit, Ansätze noch weiter zu kürzen. Die Einnahmenseite bei den Donauhallen müsse jedoch noch erhöht werden. Für das Hauptbudget von Amt 50 stelle die Grünen-Fraktion den Antrag, dass das Schulesen für Inhaber des städtischen Familienpasses mit 50 % der Kosten bezuschusst werde. Im Forsthaushalt sollte im Sinne der Nachhaltigkeit der Ansatz für Aufforstung von 80.000 € auf 100.000 € erhöht werden. Für den Vermögenshaushalt werde vorgeschlagen, die Ansätze für die Umgestaltung des Bereichs an der Stadtkirche und den Zuschuss für den von der DJK vorgesehenen Bau eines Kunstrasenplatzes um ein Jahr zu verschieben. Die geplanten Investitionen zur Dorferneuerung in den Ortsteilen sollen nur dann umgesetzt werden, wenn die Stadt dafür Zuschüsse erhalte. Hierzu werde die Empfehlung ausgesprochen, sich auf Maßnahmen in zwei der drei Teilorte zu konzentrieren.

Oberbürgermeister Frei: Für die Umgestaltung des Bereichs bei der Stadtkirche seien Investitionskosten in den Haushaltsentwurf aufgenommen, weil die Stadt die Aufnahme in das Sanierungsprogramm beantragt habe und deshalb die haushaltsmäßige Finanzierung nachgewiesen werden müsse. Für die Verwaltung sei auch klar, dass die vorgesehene Maßnahme nicht im Heimattagejahr 2012 realisiert werden könne. Die vorgesehenen Maßnahmen in den Stadtteilen (Dorfplätze in Aasen und Grüningen und Geisinger Straße in Pfohren) würden nur umgesetzt, wenn dafür Zuschüsse bewilligt seien. Erst im Frühjahr 2011 bestehe Klarheit, ob dies der Fall sein werde.

8) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.